



Antrag

der Abgeordneten **Arif Taşdelen, Holger Griebhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Ruth Müller, Markus Rinderspacher, Christiane Feichtmeier, Dr. Simone Strohmayr, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Für eine aussagekräftige und lösungsorientierte Darstellung der Arbeitsbelastung: Weiterentwicklung der Berichterstattung über Überstunden im öffentlichen Dienst in Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Berichterstattung über Überstunden im öffentlichen Dienst fortzusetzen und dabei wie folgt weiterzuentwickeln:

1. Berichterstattung künftig einmal in der Legislaturperiode:

- Die seit dem Jahr 2000 etablierte jährliche Berichterstattung über Überstunden im öffentlichen Dienst soll grundsätzlich beibehalten, aber weiterentwickelt werden.
- Unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit sollte der Bericht über die jeweils abgelaufene Legislaturperiode künftig einmal zum Beginn der neuen Legislaturperiode gegeben werden.
- Zu Beginn der 20. Legislaturperiode könnte der nächste Überstundenbericht (über die 19. Legislaturperiode) vorgelegt und somit Grundlage für politische Initiativen werden.
- Entsprechend dem im Ausschussprotokoll vom 9. Juli 2024 geäußerten Vorschlag soll der Bericht einzelne Ressorts oder Bereiche vertieft betrachten, um gleichermaßen effiziente und aussagekräftige Informationen zu erhalten.

2. Erfassung aller Überstundenarten:

Der Bericht soll künftig – so weit wie möglich – nicht nur die monetär vergüteten Überstunden erfassen, sondern ein vollständigeres Bild der tatsächlichen Arbeitsbelastung vermitteln durch die Darstellung von

- vergüteten/bezahlte Überstunden,
- in Freizeit ausgeglichenen Überstunden,
- noch nicht ausgeglichenen Überstunden auf Gleitzeit- und Langzeitarbeitskonten,
- verfallenen Überstunden.

3. Qualitative und problemorientierte Berichterstattung:

Neben der quantitativen Darstellung soll der Bericht eine qualitative Analyse enthalten, die folgende Aspekte umfasst:

- Ursachenanalyse mit Darstellung der wesentlichen Gründe für die Entstehung von Überstunden in den einzelnen Ressorts (Personalmangel, besondere Ereignisse, saisonale Schwankungen etc.)

- Entwicklungsanalyse mit Erläuterung von Zu- und Abnahmen der Überstunden und Bewertung
- Zielsetzungen, Strategien und Maßnahmen der einzelnen Staatsministerien beim Abbau von Überstunden

Begründung:

Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes wurde am 9. Juli 2024 der turnusmäßige Bericht über den Abbau von Überstunden im öffentlichen Dienst für das Jahr 2023 vorgestellt. Die Staatsregierung kündigte dabei an, dass die bisherige Form der Berichterstattung aufgrund haushaltstechnischer Veränderungen (Titelverdichtungen, Arbeitnehmerbudgets) künftig nicht mehr möglich sei und hat darum gebeten, das Berichtsverfahren in Zukunft zu ändern und den Bericht in anderer Form zu geben.

Der Vorsitzende des Ausschusses kündigte am Ende der Sitzung an, dass ein entsprechender Antragsvorschlag formuliert werde, der bestenfalls von allen Fraktionen getragen werden könne. Dieser Antrag lag bislang noch nicht vor.

Mit diesem Antrag wird versucht, neben quantitativen Daten und Fakten auch qualitative Aussagen in die Berichterstattung einzubeziehen und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen. Daher sollte der Bericht künftig einmal zum Beginn der Legislaturperiode (jeweils über die abgelaufene Legislaturperiode) gegeben werden, um damit als Grundlage für politische Initiativen zu dienen. Der Antrag trägt damit den berechtigten Bedenken der Staatsregierung bezüglich des Aufwands Rechnung, ermöglicht aber dem Landtag weiterhin, seiner Kontrollfunktion nachzukommen.

Die bisherige Berichterstattung konzentrierte sich jedoch ausschließlich auf monetär vergütete Überstunden und vermittelte dadurch ein unvollständiges Bild der tatsächlichen Arbeitsbelastung. Ansparstunden, die einen erheblichen Teil der geleisteten Mehrarbeit ausmachen, blieben unberücksichtigt. Zudem fehlte eine systematische Ursachenanalyse, die es ermöglichen würde, zielgerichtete Maßnahmen zur Reduzierung von Überstunden zu entwickeln.

Die Weiterentwicklung der Überstundenberichterstattung ist ein wichtiger Baustein für eine moderne und mitarbeiterorientierte Personalpolitik im öffentlichen Dienst. Sie trägt dazu bei, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber zu stärken und gleichzeitig die Qualität der öffentlichen Aufgabenerfüllung zu sichern.